Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.30 M. einschließlich Bringerlohn. Postbezug 1.80 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnotiert. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 16 | Dresden, Mittwoch, den 20. Januar 1932 | 43. Jahrgang

Frankreich will Reparationen

Opfer faschistischer Experimente

Trümmerhaufen werden verstaatlicht
Deutsche Bergwerkszeitung warnt Neugierige

Die deutschen Faschisten schwärmen für das Italien Mussolinis mit seinen gedrückten Löhnen, seiner rigorosen Behandlung der Arbeitslosen und seinem Zollprotektionismus. Wenn die Nationalsozialistische Partei in Deutschland vom Unternehmertum reichlich finanziert wird, dann aus der Hoffnung heraus, das faschistische System auf Deutschland zu übertragen. Die Nationalsozialistische Partei Deutschlands läßt sich von den Generalstäben füttern. Die deutschen Unternehmer sehen darin eine Garantie für den Sieg des faschistischen Systems in Deutschland.

Aber hier und da dämmert's. Man sieht durch die Schleier hindurch, die wohlweislich von den Machthabern in Italien über die italienische Wirtschaft gezogen werden. Und was man sieht, ist gewiß nicht erhebend: Die gewaltigen Kosten für die polizeiliche, militärische und politische Aufrüstung Italiens haben

die italienische Privatwirtschaft und die italienischen Staatsfinanzen ruiniert,

obwohl Italien keine Reparationen zu zahlen brauchte, sondern Reparationen von Deutschland empfing. Mussolini war gezwungen, entgegen der von ihm selbst im Staatsgrundgesetz (Carta del Lavoro) proklamierten grundsätzlichen Freiheit der Wirtschaft, auf vielen Gebieten die Verstaatlichung von Banken und Wirtschaft durchzuführen.

Noch am 15. November 1930 ließ sich das deutsche Bankkapital im Bankarchiv von Bianchini, dem Präsidenten der allgemeinen faschistischen Bankvereinigung in Italien, versichern, daß weder die faschistische Regierung noch autorisierte öffentliche Organe jemals eine „Tendenz der Verstaatlichung gewollt haben und daß die Anwendung der Grundsätze der Carta del Lavoro eine solche Möglichkeit ausschließe". Seitdem ist, infolge der faschistischen Gebäude-, Renommage- und Verschwendungspolitik, und um den endgültigen Bankrott der Privatwirtschaft und damit auch des faschistischen Systems zu verhüten, der größte Teil der italienischen Industriekonzerne, dann auch die gesamte Ueberseeschiffahrt unter Staatskontrolle genommen und der Einfluß des Bankkapitals auf die Industrie praktisch beseitigt worden. Man kann es schon der Deutschen Bergwerkszeitung, die zu dem rheinisch-westfälischen Schwerindustriellentum nahesteht, nachfühlen, wenn sie vor kurzer Zeit schrieb: „Große Teile der italienischen Privatwirtschaft werden diesen Weg sicherlich nicht als ideal empfinden. Sie werden wohl auch kaum geahnt haben, daß ihre bisherige Politik dieses Ergebnis haben mußte. Eine Mahnung für uns?" Jawohl, eine Mahnung auch für die Marxistentöter. Der Kampf gegen den „Marxismus" hat in Italien mit dem Ruin der privaten Wirtschaft und mit

dem Zwang zur Verstaatlichung

geendet. Die Eisenkur in Italien hat man sich wohl in ihren Auswirkungen früher anders vorgestellt, wie sich manch einer in Deutschland von den Zuständen in Italien ein Bild macht, das mit der Wirklichkeit auch nichts mehr zu tun hat. In dem zehnjährigen Kampf Mussolinis gegen den „Marxismus" blieb zunächst der italienische **Arbeiter auf der Strecke. Sein Reallohn erreicht heute noch nicht einmal die Hälfte des Arbeiters in Jugoslawien und in Polen,** die sicherlich nicht hoch bezahlt werden. Aber wie die ständig steigenden Konkursziffern beweisen, geht es auch den Unternehmern nicht besser, trotz den niedrig gehaltenen Löhnen, trotz dem Streikverbot. Die Last der Steuern, die zum größten Teil für Rüstungszwecke, für die Unterhaltung der faschistischen Miliz, die überall herumlungert, und zur Subventionierung der „nationalen Industrie" gebraucht werden, ist drückender als jemals zuvor. Trotz der vielgerühmten straffen faschistischen Finanzpolitik gelang es nicht, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Die — erkennbare — innere Staatsschuld wuchs seit dem Jahre 1927, wo man die Währung wieder stabilisierte, von 83 Milliarden Lire auf 92 Milliarden Lire im Herbst 1931. Seitdem steigt sie weiter, und zwar in ihrer gefährlichsten Form, in kurzfristiger Verschuldung. Die sogenannte schwebende Schuld, die vorher durch zwangsweise Umwandlung der kurzfristigen Schatzscheine in die Eisenanleihe auf 1,6 Milliarden Lire — das war im Jahre [illegible] — herabgedrückt worden war, ist seitdem wieder auf 5,6 Milliarden Lire angewachsen. Allein im letzten Etatsjahr von Juni [illegible] bis Juni 1931 betrug die Zunahme 3,2 Milliarden Lire. Im Staatsschatz ergab sich bis Juli 1930 ein Defizit von 5,3 Milliarden Lire. Das sind Zahlen aus den amtlichen Veröffentlichungen. Was verschleiert wird, bleibt dahingestellt.

Daß die Wirtschaft dabei vor die Hunde gehen muß, ist selbstverständlich. Entschuldigen kann auch nicht die Weltwirtschaftskrise. Schließlich hat ja die italienische Wirtschaft seit dem Jahre 1922 — eine Ausnahme macht eigentlich nur das Konjunkturjahr 1927/28 — in schwerster Krise gesteckt, was aber nur beweist, daß

der Faschismus gegenüber der Wirtschaftsnot täglich versagte.

Zuletzt verlief die Entwicklung nur zwangsläufig, und zwangsläufig ist auch das Verhältnis von Wirtschaft zum Staat, wie es sich in letzter Zeit in Italien gestaltet hat. Die Einflußnahme auf die Rüstungs- und die Schiffahrtsindustrie erfolgte wohl noch aus freiem Entschluß im Interesse der faschistischen Machtpolitik, aber die Mittel, die man mit Hilfe der Steuerschraube der übrigen Wirtschaft entzog, um „nationale Verteidigungsindustrien" hochzupäppeln, bewirkten nur eine Ueberentwicklung dieser Industriezweige, besonders der unrentablen Schiffahrtsindustrie, auf Kosten einer fortschreitenden Unterernährung der übrigen Industrien. Bald sah sich der Staat auch hier zu offenen und verhüllten Subventionen gezwungen, bis endlich mit dem Zusammenbruch des italienischen Bankensystems, das in weitestem Ausmaß Staatszielen dienstbar gemacht worden war, der Staat die von den Banken beherrschte Wirtschaft **zur Verhinderung des offenen Einsturzes des ganzen Wirtschaftssystems in seine Hand nehmen und entgegen allen Verfassungsgrundlagen zum Staatskapitalismus übergehen mußte.** Der ganze italienische Staatskapitalismus ist eine Folge der großen Bankpleiten, eine Folge des Zusammenbruchs der großen italienischen Banken; die unter Ermunterung durch die Regierung Mussolinis eine überschnelle Expansion bevorzugter Industriezweige kurzfristig mit dem Geld ihrer Einleger finanziert hatten.

So sehen die Ergebnisse der faschistischen Staats- und Wirtschaftspolitik aus, die die Gesetze der Wirtschaft und die Wirtschaftsnotwendigkeit in einer falschen und unmöglichen Auffassung vom Staate diktatorischen Gesetzen unterwerfen wollte. Die Privatwirtschaft ging in Italien vor die Hunde, obwohl die Gewerkschaften zerstört, die Arbeiter geknechtet und verelendet wurden. Italien ist wirklich kein Paradies. Italien ist das Opfer faschistischer Experimente geworden.

Blum fordert Schiedsgericht

Das Bedeutsamste an der gestrigen Debatte in der französischen Kammer in Paris erscheint uns die Anregung des Genossen Leon Blum zu sein, daß der Streit über die Höhe der bisher von Deutschland geleisteten Wiedergutmachungen einer schiedsgerichtlichen Entscheidung durch einen Völkerbundsausschuß unterbreitet werde. Die kürzlich von deutscher Seite vorgebrachten Zahlen, nach denen Deutschland bereits an Frankreich allein mehr bezahlt hätte als die Kriegsschäden in Nordfrankreich, sind von der französischen Regierung mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden. Sicher ist aber, daß die französische Gegenrechnung, die sich auf die Buchungen durch die verflossene Reparationskommission stützt, noch viel weniger beweiskräftig ist. Denn in den ersten Jahren nach dem Kriege konnte die Reparationskommission, in der Deutschland gar nicht vertreten war, machen, was sie wollte. Sie hat zum Beispiel den Wert des liquidierten deutschen Staats- und Privateigentums willkürlich festgesetzt und hat über alle die zahllosen Fälle von Verschleuderung, von Mißwirtschaft und von Korruption, die sich bei der Liquidierung dieser Milliardenwerte ereignet haben, beide Augen zugedrückt.

Im Gegensatz zu der mutigen Rede des französischen Sozialistenführers, der sich wieder einmal den gleichen Beschimpfungen von nationalistischer Seite ausgesetzt hat, wie sie gegen die Führer der deutschen Sozialdemokratie hierzulande üblich sind, enthielt die Regierungserklärung Lavals nichts Neues. Sie stellte eine Wiederholung der bekannten These dar, daß Frankreich auf seine Rechte nicht verzichten könne. Sie hat es mit Entschiedenheit, aber ohne provozierende Schärfe getan. Zur Beurteilung der Regierungspolitik wird man wohl die weiteren Ministerreden abwarten müssen, die im Laufe der heutigen Debatte gehalten werden dürften.

* * *

Lavals Erklärung

P. Paris, 19. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Kammersitzung wurde am Dienstag nachmittag um 3 Uhr bei überfülltem Hause und überfüllten Tribünen mit einer Rede des Kammerpräsidenten Bouisson eingeleitet. Die Rede ging diesmal über den gewöhnlichen Rahmen einer derartigen Kundgebung hinaus, indem sie auch zu den schwebenden außenpolitischen Fragen Stellung nahm.

Bouisson führte u. a. aus: „Vor einigen Monaten haben Sie (zur Kammer) eine neue, nicht vorausgesehene Verantwortung übernehmen müssen, als Sie den Vorschlag des Präsidenten Hoover billigten. Alle diese Probleme, die gelöst zu sein schienen, sind jetzt von neuem aufgeworfen. Ich weiß nicht, welche Beschlüsse die Kammer fassen wird. Aber der Präsident der Kammer glaubt, ohne aus der Zurückhaltung herauszutreten, die sein Amt ihm auferlegt, bestätigen zu können, daß unser Land

nichts von seinen Schuldforderungen ablassen kann,

ohne daß es die Gewähr einer entsprechenden Herabsetzung seiner Schulden hat. Ich glaube, in dieser Weise genau den Geist wiederzugeben, in dem alle diese Abkommen abgeschlossen und ratifiziert worden sind. (Großer Beifall bei allen Parteien, einschließlich der meisten Sozialisten.) Frankreich hat stets seinen Friedenswillen bewiesen, sowohl bei den schwierigen Verhandlungen, von denen ich soeben sprach, als auch durch seine aufrichtige Mitarbeit in den internationalen Einrichtungen, vor allem dem Völkerbund. (Beifall auf allen Bänken. Die Linke verhöhnt die Rechte wegen dieses Beifalls.) Frankreich will sich nicht im internationalen Leben isolieren. Aber weil es von einem weiten Versöhnungsgeist und von einer Sympathie beseelt ist, die angesichts der Schwierigkeiten und Leiden der anderen Nationen tatkräftig zu sein versteht, und weil es immer zu aller durch die Notwendigkeiten bedingten Anpassung bereit ist, glaubt es fordern zu können, daß ausführlich diskutierte und feierlich verkündete Abkommen nicht durch den einseitigen Beschluß einer der beteiligten Parteien aufgehoben werden können." (Großer Beifall auf allen Bänken.)

Im Anschluß daran bestieg Laval die Rednertribüne, um die Regierungserklärung zu verlesen. Er wurde von der Rechten mit Beifall, von der Linken mit Rufen „Briand", „Briand" empfangen.

Er führte aus: „Wir können für die Zukunft nicht Lösungen annehmen, die, ohne die Krise zu lösen, Frankreich in seinen wesentlichsten Interessen und in seinen Rechten schaden würden, die durch feierlich abgeschlossene Verträge benötigt sind. (Beifalls rechts und in der Mitte, Schweigen links.)

Wir werden nicht das Recht auf die Reparationen verjähren lassen.

Man verlangt von uns eine Generalquittung zugunsten unserer Schuldner. Eine doppelte Pflicht ist uns auferlegt: gegenüber den Generationen, die den Krieg mitgemacht haben, eine Pflicht der Billigkeit: wir dürfen nichts von unserer Forderung opfern, ohne eine entsprechende Erstattung unserer eigenen Schulden; gegenüber den zukünftigen Generationen: wir müssen alle Abkommen einem gerechten Gleichgewicht der Produktions- und Existenzbedingungen unterordnen. Dieses Gleichgewicht wäre aber gestört, wenn nach der Krise das Mißverhältnis zwischen den finanziellen und den Steuerlasten uns in der internationalen Konkurrenz in einen Zustand sicherer Unterlegenheit versetzen würde. Die Regierung wird bei allen Verhandlungen betreffend einer Anpassung der in Kraft befindlichen Schuldenabkommen an die Periode der wirtschaftlichen Depression sich strikt von jenen fundamentalen Grundsätzen leiten lassen, die das französische Parlament stets gebilligt hat."

Die nächsten Absätze der Erklärung beziehen sich auf die zur Abschwächung der Krise in Frankreich zu ergreifenden Maßnahmen. Der Schluß ist der Abrüstungskonferenz gewidmet. Die Erklärung verteidigt das französische Memorandum vom 15. Juli 1931, das **jede Beschränkung der französischen Rüstungen von einer Erhöhung der Sicherheit durch die Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, genauen Differenzierung des Angreifers und gegenseitigen Beistandes abhängig macht.** (Beifall rechts, Schweigen links.)

Nachdem der Kammerpräsident die inzwischen angemeldeten Interpellationen verlesen hatte, erklärte sich der Ministerpräsident mit der sofortigen Diskussion der Interpellationen einverstanden, die sich auf die Zusammensetzung, die allgemeine Politik und die Außenpolitik der Regierung beziehen. Der erste Interpellant, der radikale Abg. Ledoux, schloß mit der Erklärung, daß er zu Laval und zu seiner Regierung kein Vertrauen habe, denn statt die Einigkeit der Parteien herbeizuführen, trenne Laval die Parteien.

Der zweite Interpellant, der Sozialist Frossard, machte zu Beginn seiner Rede auf die Kriegsgerüchte aufmerksam, die über den Städten und auf dem Lande verbreitet sind und die nach seiner Ansicht auf die Ohnmacht der Regierungen in internationaler Beziehung, das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen, und auf die zu zahlreichen Kundgebungen zurückzuführen sind, die einer loyalen Achtung der Verträge widersprechen. Frossard kritisierte in scharfer Weise die Art der Regierungsumbildung, wobei man nur das Ziel verfolgt habe, ohne Briand an der Macht zu bleiben. Das gegenwärtige Kabinett sei das reaktionärste der jetzigen Legislaturperiode. Mit dieser Regierung und ihrer Mehrheit könne keine Politik des Friedens gemacht werden. (Großer Beifall links.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320120/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG